Die Neue Gesellschaft 1

1976
23. Jahrgang

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer (verantwortlich)
Dr. Karl-Ludolf Hübener
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn-Bad Godesberg
Kölner Straße 143
Telefon 37 80 91, 37 80 92

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70–500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108–112

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,– DM, Halbjahresabonnement 15,– DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,– DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 7

Zum Inhalt

Die ruhigen Jahre sind nur mehr Erinnerung. Man hat sich daran gewöhnt, immer in entscheidenden Jahren zu leben. Gewöhnung treibt Gelassenheit, schlimmstenfalls gar Apathie. Wenn hier dennoch von 1976 als einem entscheidenden Jahr gesprochen wird, so in der Hoffnung, daß die Besonderheit auch Sozialdemokraten zu Bewußtsein gebracht werden kann. Der „anderen Seite", den Konservativen, ist sie – die Besonderheit – nur allzu gegenwärtig – und dies seit 1972, seit ihrer Niederlage bei den letzten Bundestagswahlen. Seitdem arbeiten sie verbissen und unter Anwendung aller Mittel und Methoden daran, verlorenes Terrain zurückzuerobern.

Eine dieser Methoden besteht in der anmaßenden Behauptung, sozialdemokratischer Programmatik und theoretischer Begründung einen neuen, in sich schlüssigen und mit der Wissenschaft vom Menschen und der Gesellschaft in Einklang stehenden neo-konservativen „Überbau" entgegenstellen zu können. „Die Neue Gesellschaft" hat bereits in der Vergangenheit solche Versuche stets kritisch begleitet und durchleuchtet (z. B. im Juni-Heft 1974). In dieser Ausgabe unterziehen sich drei Wissenschaftler (Helga Grebing, Martin Greiffenhagen und Iring Fetscher) der Mühe, zu einer Art Bilanz verschiedener Fragestellungen zu kommen.

Wolfgang Deulings Artikel (der die Handhabung konservativer Ideologie durch christdemokratische Politiker analysiert) ist sodann als überleitende Einstimmung zu einem zweiten Themenkomplex gedacht, in dem die verschiedenen Bereiche der Außen- und Deutschlandpolitik nach – theoretisch zumindest – möglichen Spuren von Alternativen der CDU/CSU durchsucht werden (daß diese Suche, wie sich zeigt, vergeblich verläuft, ist nicht Schuld unserer Autoren Hans Koschnick, Wilhelm Dröscher, Dettmar Cramer, Eugen Selbmann und Karl-Ludolf Hübener).

Erschöpft sich auch (und dies zu beweisen, war eben Aufgabe und Anliegen der vorgenannten Artikel) CDU/CSU-Aktivismus in der Abwehr von sozial-liberaler Politik und ihren unbestreitbaren Erfolgen, so kann es sich die SPD dennoch nicht leisten, es bei diesen Erfolgen bewenden zu lassen. Daß sie dies nicht tut, zeigt auch in diesem Heft eine Reihe von Beiträgen, so die von Herbert Ehrenberg, der den Nachweis des konkreten Bezugs von praktischer Wirtschaftspolitik zum Orientierungsrahmen erbringt (und damit einer wesentlichen Forderung Willy Brandts in diesem Heft – siehe Leitartikel – entspricht), von Herta Däubler-Gmelin, die zum beabsichtigten § 130 a Strafgesetzbuch Stellung nimmt, und von Olaf Schwencke, der die Wichtigkeit der Raumordnungspolitik zu verdeutlichen versteht.

Das gleichzeitge Erscheinen von Beiträgen über Neo-Konservatismus und Kirchen-Synoden ist, das sei hier betont, rein zufällig. Der Sozialdemokratie nach Godesberg hat es immer fern gelegen, den kirchlichen Meinungsbildungs- und Äußerungsprozeß beeinflussen und bewerten oder seinem Ergebnis den Geruch des „Konservativen" oder „Reaktionären" anhängen zu wollen. Letztes herzustellen – was wir nicht hoffen wollen –, ist den Kirchen letztendlich selbst vorbehalten – durch ihre Einstellung zur Welt und ihren Problemen.

Seite	Autor	Titel
4	Willy Brandt	SPD 1976 – selbstbewußt und kampfbereit
7	Walther G. Oschilewski	Paul Löbe – ein großes Beispiel
13	Franz-Josef Trost	Würzburg – Synode des Kompromisses
17	Rüdiger Reitz	EKD-Synode „vorsichtig tastend"
20	Helga Grebing	Was ist vom Anspruch der Neo-Konservativen auf eine neue Theorie geblieben?
24	Martin Greiffenhagen	Tendenzwende oder Gegenreform?
28	Iring Fetscher	Wert-Konservatismus und Dialektik des Fortschritts
30	Wolfgang Deuling	Elemente neo-konservativer Ideologie und alltägliche CDU/CSU-Propaganda
35	Eugen Selbmann	Ostpolitik der Union in alten Denkschablonen
38	Dettmar Cramer	Opposition deutschlandpolitisch ohne Linie
41	Hans Koschnick	Die „Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" – eine Alternative der CDU/CSU?
45	Wilhelm Dröscher	Die deutschen Christdemokraten im europapolitischen Abseits
50	Karl-Ludolf Hübener	Die CDU und die Unterdrückten
54	Herbert Ehrenberg	OR '85 und aktuelle wirtschaftspolitische Probleme
57	Olaf Schwencke	Raumordnungspolitik braucht bessere Planungsinstrumente
62	Herta Däubler-Gmelin	Zur Ambivalenz des geplanten § 130 a
66	Ulrich Lohmar	Politische Dimensionen der Datenverarbeitung
70	Hans Josef Horchem	Wurzeln des Terrorismus in Deutschland
73	Klaus Schnappberger	Bundeswehr und Demokratie
76	Gerhard Weisser	„Sozialismus" – Ordnungsrezept oder Gesinnungsausdruck?
79		Chronik des Jahres 1975 – 2. Halbjahr
87		Kritik
88		Mitarbeiter dieses Heftes

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Kompaß-Verlags, Berlin, bei.

Eugen Selbmann: Ostpolitik der Union in alten Denkschablonen

„Ich muß sagen, daß ich manchmal etwas besorgt bin, daß in Deutschland wieder ein Nationalismus hochkommen könnte, und ich hoffe, daß die Bayern diesmal standhafter sind, als in früheren Jahren das der Fall gewesen ist. Es ist ja zwar auch von Seiten der CSU eine eindeutige Absage an den Nationalismus oder gar Nationalsozialismus erteilt worden, aber manchmal habe ich doch das Gefühl, daß unter dem Feigenblatt einer konservativen Politik sich wieder starke nationalistische Strömungen entwickeln könnten. Und das allerdings würde mich herausfordern für einen harten Kampf."

Diese Befürchtung von Bundeskanzler Erhard (25. 8. 1964) sollte man sich in Erinnerung zurückrufen, wenn man heute die Politik der CSU und von Teilen der CDU beobachtet. Die Opposition ist wegen ihrer unterschiedlichen Interessengruppen nicht in der Lage, eine konkrete Alternative zur Politik der sozialliberalen Koalition aufzuzeigen. Sie versucht auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik die Auseinandersetzung zu führen. Doch auch auf diesem Gebiet ist es für sie nicht einfach, die verschiedenen Strömungen, von den Vertretern einer „moralistisch-legalistischen" bis zu einer „deutschnationalen" Außenpolitik, auf einen Nenner zu bringen. Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der Union zu den Ostverträgen, zur Aufnahme in die UN, zum Atomwaffensperrvertrag und zur Haltung gegenüber KSZE zeigte dies. Aber F. J. Strauß will eine deutschnationale Politik. Hierzu gehört dann die Sprache des Kalten Krieges der 50er Jahre, die Verteufelung der innenpolitischen Gegner, die Besserwisserei und Überheblichkeit gegenüber den Partnern im Westen. Daß sie mit dieser entspannungsfeindlichen Haltung im Westen und auch bei ihren politischen Freunden in Europa isoliert ist, beeinflußt die Union nicht.

Die Union will, wie sie sagt, den Frieden. Doch sie wehrt sich gegen die Konsequenzen der seit Jahren von Amerika und Westeuropa eingeleiteten Politik, von der Konfrontation zur Kooperation mit der Sowjetunion zu kommen, weil die Friedenserhaltung und die Friedenssicherung dies fordern. Strauß will „den deutschen Sonderkonflikt mit der Sowjetunion" (Löwenthal) fortsetzen.

Dieser Konflikt brachte uns in den 50er Jahren in der deutschen Frage nicht weiter, in den 60er Jahren fast zu einer Isolierung auch gegenüber unseren Verbündeten und verhinderte nicht die Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Der Deutschland-Vertrag ändert nichts an der Tatsache, daß die Amerikaner „keine Mühe scheuen werden, um die Realität des Wettstreits mit dem unbedingten Gebot der Zusammenarbeit in Einklang zu bringen. Im nuklearen Zeitalter gibt es keine andere rationelle Alternative." Kürzlich haben Frankreich und die Sowjetunion (24. 10. 1975) erklärt, die Entspannungspolitik fortzusetzen, und festgestellt, daß die Zusammenarbeit „vor allem in den westlichen Problemen der Sicherheit in Europa und in der Welt zu einem festen Bestandteil des internationalen politischen Lebens geworden ist und in konstruktiver Weise zur Besserung der Lage in Europa und in der Welt beigetragen hat".

Die am 12. 11. 1975 verabschiedete Mannheimer Erklärung, die der deutsch-französischen Zusammenarbeit erste Priorität einräumt, zeigt keine neuen Gedanken und ist für die CSU/CDU schon heute ohne Wert. Auf der deutschlandpolitischen Tagung in Ingolstadt (28./29. 11. 1975) tauchte diese Vokabel nicht einmal auf. Dieser Unions-Kongreß zeigte, wer die Politik bestimmt. Hier wurden die Grundlagen der Außenpolitik einer CDU/CSU-Regierung behandelt.

Auf diesem Kongreß malte man ein Horrorgemälde über die innen- und außenpolitische Situation. Die Gedankenwelt, in der diese Unions-Mehrheit lebt, ist gespenstisch. Im Bundestag, im Bayernkurier und in der Springer-Presse kann man dies seit Jahren verfolgen. Darüber hinaus ist diese Einstellung den Deutschnationalen seit über 75 Jahren „immanent".

F. J. Strauß ist der Interpret dieser politischen Vorstellung: „Wer den Wechsel der Gezeiten bemerkt, der weiß, daß wir jetzt wieder in einer gefährlichen Epoche der europäischen Geschichte leben", „man muß wieder lernen, in geschichtlichen Zeitabläufen zu denken", er spürt „den geschichtlichen Atem" und beurteilt daher „mit intellektueller Kälte die langfristige Strategie der kommunistischen weltrevolutionären Planer", die Deutschland

und Europa „in das Gravitationszentrum sowjetischer Macht einbeziehen wollen". Für ihn geht es „um die volle geschichtliche Wahrheit als Waffe für Freiheit und Rechte in den Dienst einer sittlich fundierten, ethisch legitimierten Politik zu stellen". Die Europäer seien dabei, „frevelhaft das Erbe zu verspielen, das sie in Jahrhunderten aufgebaut haben", aber Europa kann gerettet werden, „wenn die Bundesrepublik wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, verteidigungspolitisch und außenpolitisch ein Stabilitätsfaktor für Europa wird." (Man will nicht anerkennen, daß sich die Bundesrepublik in den letzten Jahren als stabiler Faktor in Europa gezeigt hat.)

Strauß wendet sich gegen die Anerkennung der Folgen des verlorenen Krieges und er erhebt gegenüber der SPD einen „Vorwurf historischen Ausmaßes": Die SPD habe die gemeinsame Plattform der Demokratie in der Ost- und Deutschlandpolitik verlassen. Damit soll eine Verratslegende an den deutschen Interessen hochgezüchtet werden. Die ganze Diktion ist Überheblichkeit, Besserwisserei, Kraftmeierei, Weltuntergangsstimmung und Mangel an Humanität.

Strauß flüchtet in die Geschichte vor 1914, wonach Deutschland nicht erst von Bolschewismus, sondern schon immer vom russischen Imperialismus bedroht gewesen sei. Weil sie diese Geschichtsphilosophie nicht teilen, sind die Verbündeten „kurzsichtig" und die „Europäer total degeneriert". Sie sind, wie er in seiner Sonthofener Rede sagte, „aus der Geschichte ausgetreten": „Ich kann nur sagen, man weiß schon gar nicht mehr, welches Land der Welt man zur Emigration empfehlen soll." Diese Gedankengänge wecken Erinnerungen an Kaiser Wilhelm und nachfolgende deutsche Politiker. Der Antisemitismus ist verschwunden, aber zu den slawischen Völkern hat man ein gespaltenes Verhältnis. Daß Hitler die slawischen Völker ausrotten wollte, wird verurteilt, aber sofort eine Gegenrechnung aufgemacht. Mit dem Erwecken von Emotionen kann man keine Friedenspolitik machen.

Aus den sich gegenüberstehenden „Wirklichkeitsfremden" und „realistisch Denkenden" in der CDU/CSU ist die Widersprüchlichkeit und Alternativlosigkeit der Union zu erklären. Einerseits sagt sie, die Union hätte bessere Verträge gemacht, vor allen Dingen mehr für die Menschen in Deutschland herausgeholt (sie verdrängt die Entwicklung nach den Verträgen: 1975 — 3 Millionen Besucher in die DDR, 1,3 Millionen Rentner aus der DDR, monatlich 200 000 Westberliner nach Ost-Berlin und DDR), andererseits hätte sie auf den Tag gewartet, an dem die Sowjetunion beweglicher geworden wäre (darauf hat die CDU schon in den 50er und 60er Jahren gewartet). Andererseits sagt sie, die Sowjetunion wolle ein geteiltes und schwaches Deutschland (worüber will sie dann verhandeln?). Oder sie bringt China ins Spiel, um „neue Unruhe unter den sozialistischen Völkern zu entfachen, was zu einem Druck auf Moskau führen könnte". Wenn China die Hoffnung ist, wie vereinbart sich dies mit der Abwehr des Kommunismus? Die Chinesen verehren doch heute noch Stalin. Wie sagte Adenauer (19. 11. 1960): der Kommunismus würde niemals die Welt beherrschen und wenn, dann würde es nicht Sowjetrußland, sondern Rotchina sein, das auch gleich Sowjetrußland beherrschen würde.

Die von der CDU geführten Regierungen waren aktiv in der Westpolitik, nach Osten aber begrenzt auf Proklamation zur Wiedervereinigung. Einige Erinnerungsposten: 1950 war es das Ziel, die Deutschen in der SBZ und die versklavten Völker zu befreien, die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete. Auch ein Kalter Krieg könne Sieger bringen wie ein heißer. Bangemachen galt nicht. Wiedervereinigung — niemals mit Hilfe der Sowjetunion; dann einige Jahre später: nicht ohne Hilfe der Sowjetunion. Die Hallstein-Doktrin wurde Mittel der Politik. Von 1945 bis 1961 fanden 27 Konferenzen an insgesamt 315 Tagen statt, die sich mit der deutschen Frage befaßten, ohne einen Schritt weiter zu kommen. Freie Wahlen als Voraussetzung zur deutschen Einheit standen Anfang der 60er Jahre nicht mehr zur Diskussion. Sowjetische Friedensvertragsgesprächsangebote wurden von Strauß (30. 1. 1960) „Versklavungskampagne" genannt. Adenauer wollte dann einen 10jährigen Burgfrieden abschließen.

In den 60er Jahren versuchte man, eine den Möglichkeiten angepaßte deutsche Außenpolitik zu führen, die aber letztlich immer Wiedervereinigungspolitik bleiben sollte. So hatte Adenauer am 15. 6. 1960 erklärt, die Berlin- und Deutschlandfrage sei nicht die für das Schicksal der Welt entscheidende Frage, entscheidende Frage für den Frieden der Welt sei die Frage der Abrüstung. Diese Politik war immerhin ein gewisser Fortschritt. Die SPD hat diese Politik schon 1958/59 und mit dem Jaksch-Bericht beeinflußt.

Über die Errichtung von Handelsmissionen in Osteuropa kam man nicht hinaus, weil nach dem Alleinvertretungsanspruch diese Politik um die DDR herum und gegen sie angelegt war. Sie führte in die Sackgasse. Die Bundesrepublik war gegenüber ihren Verbündeten in eine schwierige Situation gekommen. Die Westmächte erwarteten deutsche Vorschläge, aber die Bundesregierung scheute sich, einen bestimmten Plan für die Durchsetzung zu verfechten. Sie fürchtete, daß jeder konkrete Vorschlag Bestimmungen für Deutschland enthalten könne, die auf einseitige Vorleistungen hinauslaufen würden. Damit war die deutsche Frage von der Tagesordnung der internationalen Politik. Die Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU und gegenüber der FDP wegen der Deutschlandfragen nahm 1964 zu.

Aber auch in dem Bereich, in dem eigene Möglichkeiten gegeben waren, zeigten sich von der Union geführte Regierungen zurückhaltend. Ob es Bundestagssitzungen oder Bundesversammlungen in Berlin waren, die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin, das volle Stimmrecht der Berliner Abgeordneten, die Frage der Pässe der West-Berliner und auch die Frage der Passierscheinverhandlungen. (Die Regierung Erhard war wegen der salvatorischen Klausel 1966 nicht bereit, das Passierscheinabkommen zu verlängern. Ergebnis: von 1966 bis 1972 gab es kein Passierscheinabkommen.) Die CDU-Kanzler wollten angeblich die Sowjetunion nicht provozieren. Nun gut, aber heute, da nach dem Viermächte-Abkommen der Status quo nicht mehr umstritten ist, erhebt die Union Vorwürfe wegen angeblich ungenügender Wahrnehmung der Interessen West-Berlins.

Unions-Politiker wollten der Sowjetunion die Zone abkaufen. Ein anderer prominenter Politiker meinte, in einem wiedervereinigten Deutschland könnten auch Truppen der Sowjetunion in einem Sicherheitssystem stationiert sein, und — man höre — für die Agitation der KP ergäben sich dann interessantere Perspektiven. Und Strauß sagte, er glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates.

Die CDU/CSU war auch mit ihrer Außen- und Deutschlandpolitik 1966 am Ende, auch ihren Bündnispartnern gegenüber. Die Bündnispartner wollten keine Änderung des Status quo. Kiesinger sprach 1966 in seiner Regierungserklärung von einer langen, schwelenden Krise. Frieden und Verständigung wurde das Anliegen der Koalition. Und am 18. 7. 1967 sagte er, daß diese rein defensive Politik der Vergangenheit uns keinen Schritt weiter voran brächte, sondern nicht einmal das bewahren könnte, was sie bewahren sollte, denn die Zeit wirke nicht für uns. Eher sei ein Zusammenwachsen der getrennten Teile, eingebettet in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts, möglich. Als Helmut Schmidt am 20. 3. 1967 in Hamburg erklärte, daß die Bundesrepublik sich „an die Spitze der Entspannungspolitik in Europa begeben müsse, daß sie darin bleiben und auch die sogenannte DDR davon nicht ausgenommen werden dürfe", erfolgte kein Widerspruch.

Diese Politik kam über Ansätze in der großen Koalition nicht hinaus. Gewisse Kräfte in der CDU/CSU legten sich quer. Zum Beginn des Wahlkampfes rückte Kiesinger von seiner selbst proklamierten Politik ab. Ohne die Verantwortlichkeit der Siegermächte für Deutschland als Ganzes und Berlin zu gefährden, leitete die sozial-liberale Koalition nach ihrem Wahlsieg 1969 die Normalisierung nach Osten ein und erweiterte ihren außenpolitischen Handlungsspielraum.

R. Barzel scheiterte bei dem Versuch, die außenpolitische Haltung der Union an die Realitäten heranzuführen. H. Kohl forderte 1973 ein eigenes außenpolitisches Verständnis: „Ob es uns gefällt oder nicht, 1973 ist nicht mehr 1969." Er setzte auf die Karte der USA und bestätigte, daß die USA Leber und Schmidt als zuverlässige und handfeste Partner betrachten (20. 2. 1974). Doch am 25. 9. 1971 hatte Strauß erklärt: „Ich sage nein", weil er meinte, sonst keine Aussichten zu haben, jemals wieder in die Regierung zurückzukehren.